



Maria Klein-Schmeink | Kai Gehring | Kordula Schulz-Asche
Mitglieder des Deutschen Bundestages

05.02.2021

Starke Forschung für gute Gesundheit – in der Pandemie und darüber hinaus

Es sind vor allem zwei Systeme, die unsere Gesellschaft in der Pandemiekrise widerstandsfähig machen: die Wissenschaft und die Gesundheitsversorgung. Forscher*innen haben in Rekordzeit wirksame und sichere Impfstoffe entwickelt, die Verbreitungswege des Virus erforscht und Eindämmungsstrategien vorgeschlagen. Ärzt*innen und Pflegekräfte versorgen unter hohem persönlichem Einsatz Erkrankte, leisten Angehörigen Beistand und übernehmen Aufklärungsarbeit im Kampf gegen die Pandemie. Forschung und Versorgung gehen dabei oft Hand in Hand und müssen insbesondere in Pandemiezeiten flexibel auf akute Notlagen reagieren.

Dabei ist es die Aufgabe der politischen Entscheidungsträger*innen, beste Rahmenbedingungen zu setzen. Einerseits durch vorausschauende Gesundheits- und Forschungspolitik, die bereits vor dem akuten Ausbruch der Krise wissenschaftliche Warnungen ernst nimmt und vorbaut. Andererseits durch entschlossenes Handeln in Notlagen, indem staatliches Handeln wichtige Entscheidungen in Krankenhäusern, Gesundheitsämtern und Laboren fördert und unterstützt. Gerade erleben wir jedoch in beiden Feldern, dass alte Versäumnisse und Unzulänglichkeiten zunehmend offensichtlich werden und zu Forschungs- und Versorgungslücken führen. Es ist darum aus unserer Sicht überfällig, insbesondere in der Forschungspolitik der Bundesregierung entschlossene Verbesserungen einzuleiten.

Unmittelbare Maßnahmen in der Covid-19-Pandemie

- Bei der Impfstoffverteilung kommt es zu immer neuen Verzögerungen und der Zeitplan der Impfstrategie wird immer wieder aufs Neue gestreckt. Das verdeutlicht, dass wirksame **Medikamente** gegen Covid-19 noch lange Zeit zentral für die Eindämmung der Pandemie sein werden. Dies gilt insbesondere für Menschen in Weltregionen mit schwacher medizinischer Infrastruktur, wo bisher kaum oder gar nicht geimpft wird. Doch die Bundesregierung adressiert dieses Problem nicht. Erst ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie veröffentlicht das Forschungsministerium ein Förderprogramm für Medikamentenforschung, explizit für Projekte in frühen Forschungsphasen. Damit ist völlig unklar, wann die Ergebnisse der praktischen Versorgung zur Verfügung stehen. Gleichzeitig mehren sich die Klagen von Forscher*innen und innovativer Unternehmen, denen es an Mitteln für anwendungsnahe Forschung fehlt. **Hier muss die Bundesregierung – insbesondere BMBF, BMG und BMWi – schleunigst nachlegen und kurzfristig ein umfassendes Förderprogramm in Höhe von mindestens 500 Mio Euro für die Medikamentenforschung aufsetzen.**
- In den letzten Monaten wurden große Fortschritte gemacht, was das wissenschaftliche Verständnis über das Coronavirus SARS-CoV-2 angeht. Dennoch sind nach wie vor häufig nicht bekannt, wie Übertragungen unter bestimmten Umständen stattfinden. Die Bundesregierung hat es in den letzten Monaten versäumt, diese **Forschungslücken** anzugehen und zu schließen. So konnte beispielsweise das Bundesbildungsministerium auf

unsere Kleine Anfrage keine Studien zu Ansteckungen und Präventionsmaßnahmen in Schulen nachweisen. Ebenso ahnungslos zeigte sich das Verkehrsministerium im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs.¹ Darüber hinaus findet kein systematisches, wissenschaftliches Monitoring zur Wirksamkeit einzelner Eindämmungsmaßnahmen statt. Diese Versäumnisse machten letztendlich einen längeren, allgemeineren *Lockdown* nötig. Dies wirkt sich zunehmend auch auf die Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen aus, denn das Wissen darüber, welchen Beitrag einzelne Maßnahmen zur Prävention von Infektionen leisten können, ist zentral für das Vertrauen in das staatliche Krisenmanagement. **Auch insbesondere für eine differenzierte und verantwortungsvolle Öffnung müssen diese Forschungsfragen schleunigst adressiert werden. Dafür ist ein neues, umfassendes Programm zur Anti-Pandemie-Forschung durch das BMBF auf den Weg zu bringen, das diese eklatanten Lücken schließt und vorausschauend für die nächsten Monate die Wissensgrundlage verbessert.**

- Ein zentrales Problem der wissenschaftlichen Erforschung von Übertragungswegen sowie der Pandemiebekämpfung ist die überlastete **Kontakt nachverfolgung**. Das Auftreten neuer, ansteckenderer **Virus-Mutationen** schafft hier erhebliche zusätzliche Probleme. Genauere Erkenntnisse zu Ansteckungsumfeldern wären dabei auch für die Wissenschaft von großem Wert. Die unzureichende Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes erschwert dies ungemein und belastet die Mitarbeiter*innen der Gesundheitsämter enorm. Bereits 2019 mahnten zahlreiche Wissenschaftler*innen die unzureichende Infrastruktur für Genomsequenzierungen an,² die unter anderem jetzt für die Entdeckung neuer Virus-Mutationen nötig wäre. In der akuten Situation sind darum **PCR-Tests flächendeckend auf die bereits bekannten Virus-Varianten B.1.1.7 und B.1.351 zu untersuchen**, wie dies mancherorts bereits passiert. Gleichzeitig ist die **systematische Ausweitung von Genomsequenzierungen voranzutreiben**, um noch unbekannt Mutationen frühzeitig zu entdecken, nachverfolgen und wissenschaftlich auswerten zu können. In der Schweiz und in Dänemark werden beispielsweise Abwasserproben und spezifische Delta-PCR-Tests eingesetzt, um Mutationen rechtzeitig zu identifizieren. **Außerdem sind die Gesundheitsämter so zu unterstützen, dass die Schwelle möglicher Kontaktnachverfolgungen nicht noch ein weiteres Jahr bei 50 Fällen pro 100.000 Einwohner*innen liegt, sondern weiter angehoben werden kann.**
- Bereits im April 2020 war die Schwelle von mehr als 5.000 Neuinfektionen am Tag in der Bundesrepublik erstmal überschritten. Dennoch gibt es in Deutschland derzeit zu wenig gesicherte Erkenntnisse zu den **Langzeitfolgen** einer Corona-Infektion. Geplante Forschungsvorhaben laufen nur schleppend an.³ Erste, beunruhigende Befunde liegen beispielsweise aus China oder Großbritannien bereits vor. Aber auch in Deutschland deuten erste Post-Covid-Ambulanzen und die bundesweiten Gründungen von Selbsthilfegruppen auf vermehrte Langzeitfolgen einer Covid-19-Erkrankung hin. Es kommt nun darauf an, das Wissen weltweit zu verknüpfen. Hier muss Deutschland endlich mehr tun und mit der Erforschung von Langzeitfolgen zum Schutz von Risikogruppen beitragen. Dies betrifft auch Aspekte der **Versorgungsforschung**, sowohl im Hinblick auf die Versorgung von Long-Covid-Patient*innen als auch insgesamt bei der Patient*innenversorgung während der Pandemie in

¹ Siehe Bundestagsdrucksache 19/25289: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Forschungsbemühungen der Bundesregierungen in der Corona-Pandemie“

² <https://www.aerzteblatt.de/archiv/208395/Genomsequenzierung-Deutschland-steht-im-Abseits>

³ Siehe Bundestagsdrucksache 19/25289: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Forschungsbemühungen der Bundesregierungen in der Corona-Pandemie“, Antwort auf Frage 11.

Bereichen wie Rehabilitation, bei der Heilmittelversorgung und der Pflege, die verstärkt in den Blick genommen werden müssen. Dabei dürfen auch die Langzeitfolgen im breiteren, gesellschaftlichen Sinn nicht vergessen werden: neben den gesundheitlichen Folgen einer Infektion etwa auch die Folgen von Schulschließungen für die Kindesentwicklung, die Dunkelziffer häuslicher Gewalt oder wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Krise durch ungleiche Lastenverteilung unter Druck gerät. Das ist die Grundlage, um so schnell wie möglich individuelle und gesamtgesellschaftliche Schäden zu heilen. **Die Erforschung der mittel- und langfristigen Folgen ist darum zu stärken und interdisziplinär breiter aufzustellen.**

- Wichtige Durchbrüche im Kampf gegen die Pandemie verdanken wir unseren **Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Universitätskliniken** – dank ihrer starken Forschung im Grundlagen- und anwendungsnahen Bereich. Doch die Bundesregierung hat sie in der Krise vernachlässigt. Wo Kooperationen zwischen Wirtschaft und außeruniversitärer Forschung von der Krise betroffen sind, unterstützt das Forschungsministerium. Diese Hilfe ist wichtig, aber bestenfalls die halbe Miete: Denn während Hochschulen genauso intensiv mit der Wirtschaft zusammenarbeiten, lässt sie das Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Krise im Regen stehen. Damit droht, dass vielversprechende Forschungsvorhaben abgebrochen werden und zahlreiche Mitarbeiter*innen ihre Stellen verlieren. **Der Fonds muss darum jetzt für Hochschulen geöffnet und bei Bedarf aufgestockt werden.** Wie vielen Kliniken auch, droht insbesondere der Universitätsmedizin im Zuge der Pandemiekrise und den damit einhergehenden Verschiebungen von Behandlungen in anderen Bereichen ein wachsender Schuldenberg. **Damit die Uniklinika an der Schnittstelle von Spitzenforschung und Patient*innenversorgung weiter handlungsfähig bleiben, muss die besondere Rolle der Universitätsmedizin bei den Ausgleichszahlungen des Bundes besser abgebildet werden.**

Wichtige Handlungsbedarfe jenseits der akuten Pandemiekrise

- In der Krise müssen auch in der Wissenschaft kurzfristige Entscheidungen, zum Teil unter großer Unsicherheit gefällt werden. Zugleich erweisen sich behördliche Prozesse auch in der Bundesverwaltung als träge. **Darum gilt es insbesondere für Krisenzeiten, vereinfachte Zulassungsverfahren und Mittelbereitstellungen für prioritäre Forschungsvorhaben zu ermöglichen, ohne Abstriche bei Sicherheit und Verträglichkeit.** Wenn bereits vor einer akuten Krise klare Regelungen bestehen, beschleunigt das die Reaktionsfähigkeit und schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Wenn dann – etwa im Bereich der Impfstoff- oder Medikamentenforschung – erhebliche öffentliche Gelder in Forschungsprojekte fließen, muss dies mit klaren Bedingungen verknüpft sein. So muss insbesondere sichergestellt werden, dass Forschungs- und Entwicklungskosten transparent gemacht, Preise sozialverträglich gestaltet und der faire Zugang weltweit gesichert wird.
- Die Forderungen nach einer effektiveren **Übertragung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in die praktische Versorgung (Translation)** sind nicht neu, gewinnen aber in der Pandemie neue Brisanz. Gemeinsam mit den Ländern sollte die Bundesregierung an den Universitätskliniken die Infrastrukturen für translationale Forschung anstoßen und verlässlich finanzieren (z.B. in Form sogenannter *Translation Hubs*). Die Forschung zu neuen Ansätzen von der Prävention über die Diagnose bis zur Therapie kann so schneller in die breite Anwendung gelangen. Dies muss mit passenden Ausbildungsmöglichkeiten, die medizinische Facharztausbildungen und grundlagenorientierte Forschungsarbeit verbinden,

verbunden sein. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, die Patient*innenperspektive stärker als bisher in der Gesundheitsforschung üblich, zu berücksichtigen. Dies gelingt nur, wenn Patientinnen und Patienten durch transparente Prozesse, ansprechbare Institutionen und Auskunftsrechte in die Gesundheitsforschung systematisch eingebunden werden.

- Gerade jetzt in der Corona-Pandemie zeigt sich an vielen Stellen, wo veraltete Prozesse zur Datenerhebung, -harmonisierung und -auswertung die Überwachung der Virusausbreitung, die Dokumentation von Erkrankungsverläufen und Erfolge in Therapieansätzen ausbremsen. Forscherinnen und Forscher brauchen mehr denn je hochwertige Daten, um effektiv und zum Wohle von Patientinnen und Patienten und Gesellschaft arbeiten zu können. Aktuell werden zwar viele Daten an vielen verschiedenen Stellen im Gesundheitswesen gesammelt, diese lassen sich aber selten gut zusammenführen und folglich bleiben wissenschaftliche Erkenntnispotenziale ungenutzt. Die Bundesregierung verkennt bislang, dass es neben der **Quantität vor allem auf die Qualität von Gesundheitsdaten ankommt**. Um den Wissenschaftsstandort Deutschland im europäischen Kontext und eine vernetzte Zusammenarbeit in Europa zu stärken und Forscherinnen und Forscher zu unterstützen, ist eine **übergreifende Infrastruktur notwendig**, die verschiedene Datenquellen erschließt und auf die Förderung von Datenqualität ausgerichtet ist. Zusätzlich muss durch eine Weiterentwicklung des Datenschutzrechts eine Harmonisierung der gesetzlichen Regelungen zur Nutzung von medizinischen Daten für Forschungszwecke vorgenommen werden, um Forscherinnen und Forschern Rechtsklarheit und -sicherheit bei ihrer Arbeit zu geben und zugleich die informationelle Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen.
- Die Pandemiekrise hat den internationalen Austausch auch in der Wissenschaft an vielen Stellen unterbrochen. Doch gerade hier ist der grenzübergreifende Austausch von Ideen, Erkenntnissen und Daten essenziell, um für neue Herausforderungen gewappnet zu sein. Darum müssen wir die **internationale Zusammenarbeit** gerade jetzt vorantreiben und auf ein neues, festes Fundament stellen. Nicht jede Konferenz wird komplett digital stattfinden können, ein Auslandssemester schon gar nicht. Doch viele Potentiale der Digitalisierung sind – auch im Sinne des Klimaschutzes – noch nicht ausgeschöpft. **Für die Pandemieprävention fordern wir konkret ein internationales Pandemieforum zur Früherkennung epidemiologischer Gefahren**. Es soll Fachleuten der Immunologie, Virologie, Epidemiologie, Mikrobiologie, *Public Health*-Forschung und anderer relevanter Forschungsbereiche als regelmäßige Austauschplattform dienen und – ähnlich dem Weltklimarat – die öffentliche Debatte befördern.
- Um zukünftigen Pandemien möglichst vorzubeugen und ihre Auswirkungen zu beherrschen, müssen auch ihre Grundlagen besser erforscht werden. So drohen mit fortschreitender Klimakrise, rücksichtsloser Naturausbeutung oder verantwortungslosem Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung neue Gefahren für die menschliche Gesundheit. **Wir fordern darum die Gründung vier neuer Forschungszentren, die jährlich mit 150 Millionen Euro zu finanzieren sind**. Dies ist (1) ein Zentrum zur Erforschung der Folgen der Klimakrise auf Gesundheit und Pandemieentwicklung, (2) ein One-Health-Zentrum zum umfassenden Verständnis der Virusökologie sowie der Herkunft und Ausbreitung neuer, insbesondere zoonotischer, Erreger, (3) ein Zentrum für Präventionsforschung und (4) ein Zentrum für Antiinfektiva und Wirkstoffforschung.
- **Die notwendige Stärkung der Gesundheitsforschung darf nicht auf Kosten anderer Forschungsbereiche gehen**. Sowohl in der Grundlagen- wie auch in der

anwendungsorientierten Forschung werden nämlich die Grundlagen für eine krisenfeste, soziale und nachhaltigere Gesellschaft gelegt – auch wenn ihr „Nutzen“ nicht direkt monetär zu beziffern ist. Vor der Pandemiekrise war das 3,5-Prozent-Ziel für Investitionen in Forschung und Entwicklung bis 2025 unerreichbar. Ein krisenbedingt sinkendes BIP darf das nicht kaschieren. Und mit einem einfachen „Mehr“ an Forschungsausgaben ist es ohnehin nicht getan. **Wir fordern die klare Neuausrichtung der Forschungspolitik auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele, der stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft und engagierter Bürger*innen und besseren Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler*innen.** Denn die freie Wissenschaft zu stärken, stärkt auch unsere freiheitliche Gesellschaft insgesamt.

Maria Klein-Schmeink

stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Gesundheitspolitik

Kai Gehring

Sprecher für Forschung, Wissenschaft und Hochschule

Kordula Schulz-Asche

Sprecherin für Pflegepolitik